

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dankkonto:
Gedr. Arnold, Dresden.

Verlagsort: Dresden,
Bismarckstr. Nr. 1268.

Abonnementpreise einschließlich Frachtkosten monatlich 6,00 M., durch die Post
bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Abrechnung für Deutschland monatlich
8,50 M., Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung: Zeitungsplatz 10, Tel. 25261.
Erscheinungstage: Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Zeitungsplatz 10, Tel. 25261.
Beschlusszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die 8 Spaltenige Komposition 2,00 M., Familienanzeigen
1,50 M., die 4 Spaltenige Reklameweile 6,50 M. Bei mehrmaliger Auflage
Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
zur Aufnahme an Sonntagen und Feiertagen. Für Kleinanzeigen 40 Pf.

Nr. 86

Dresden, Donnerstag den 14. April 1921

32. Jahrg.

Amerikas Abschied von Europa

Die Politik, die der Präsident der Vereinigten Staaten Harding am 11. April an dem Kongress in Washington durch seine hierauf folgende Rede für solche Leute eine Erklärung sein, die sich von der Haltung Amerikas unter der republikanischen Präsidentschaft ganz unähnliche Vorstellungen gemacht haben.

Ein Vermittler hat erwartet, daß Harding dem besiegten Deutschland ein militärisches oder auch nur diplomatisches Hilfskorps zur Verfügung stellen werde. Der neue Präsident verhandelt seine Wahl und die Niederlage seines Vorgängers vor allem dem Ziel des amerikanischen Volkes vor Augen zu stellen, seiner europäischen Politik, seiner europäischen Abhängigkeit sich noch weiter in die inneren Streitigkeiten des amerikanischen Volkes einzumischen. Diesem politischen Gefühl des amerikanischen Volkes entspricht auch die Politik Hardings, deren Inhalt, soweit er Europa betrifft, dahin zusammengefaßt werden kann, daß die europäische Politik der Vereinigten Staaten auf das Minimum des Notwendigen beschränkt werden soll.

Darum soll nun, wie es schon lange geplant war, der Vertrag von Versailles mit Deutschland ohne weitere Veränderungen proklamiert werden. Es ist kaum mehr als eine Formalität, wenn Harding erklärt, die Rechte und Interessen der Nation nach dem Vertrag von Versailles zu schützen, wahrnehmen zu wollen. Rechte aus einem Vertrag, den man nicht ratifiziert hat, kann man nicht in Anspruch nehmen. Höchstens kann es sich um die moralischen Rechte handeln, die sich Amerika durch seine Hilfeleistung im Weltkriege der europäischen Entente gegenüber erworben hat.

Amerika hat den Vertrag von Versailles verworfen, nicht weil es ihn für Deutschland zu hart hält, sondern weil es für es selber Bindungen enthält, auf die es sich nicht einlassen will. Der Völkerbund, so wie er geworden ist, erfüllt durch die Politik Hardings keine moralische Pflicht, er wird als eine Einrichtung angesehen, die zu einem Zweckmittel der Sieger im Kriege wurde. Ganz deutlich ist ausgesprochen, daß dieser Völkerbund ein Organ zur Erreichung der besonderen Ziele einer Gruppe von Nationen geworden ist.

Damit gibt Amerika der europäischen Entente ihren endgültigen Abschied und stellt es seine Neutralität gegenüber den nationalen Grundierungen des alten Weltteils wieder her. Weder als die Herstellung dieser Neutralität, weder als Unparteilichkeit, zu erwarten, wäre nicht gewesen. Die weitere Entwicklung der Verhältnisse wird nun vornehmlich von wirtschaftlichen Faktoren abhängen, da Amerika seine wirtschaftlichen Interessen in Europa nicht aufgeben kann.

Amerika hat ein doppeltes Interesse an der europäischen Wirtschaft. Es ist im Kriege Hauptgläubiger der europäischen Entente geworden und muß um die Rückzahlung dieser gewaltigen Schulden besorgt sein. Zum anderen bedarf es auch des reichsten Gütermarktes mit Europa, um die Bedürfnisse seiner Erzeugung loszuwerden. In diesem Sinn bleibt Amerika an der Konföderation der europäischen Verhältnisse interessiert, denn nur ein friedliches, wirtschaftlich erhaltendes Europa kann ein zahlungsfähiger Schuldner und ein leistungsfähiger Abnehmer der amerikanischen Exportprodukte sein.

In den neuerlichen Diskussionen über die Reparationsfrage ist viel davon die Rede gewesen, daß Deutschland den Schuldendienst der europäischen Siegerstaaten an die Vereinigten Staaten übernehmen soll, aber es ist durchaus zweifelhaft, ob sich der amerikanische Gläubiger mit diesem Wechsel des Schuldners einverstanden erklären würde. Er kommt es jedenfalls nur dann, wenn die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht durch sonstige drückende Bestimmungen des Friedensvertrags und durch immer neue Sanktionen in Frage gestellt würde.

Die europäischen Sorgen sind nicht die einzigen Amerikas. Die asiatischen sind vielleicht die größeren. Aber soweit Amerika an Europa interessiert bleibt, drängt die Entscheidung mit Notwendigkeit dahin, daß Amerika eine Vermittlung als auch in seinem Interesse liegend betrachten und begünstigen muß. Nicht aus Liebe zu Deutschland, sondern der es sehr weit entfernt ist, aber sich selber um die Zukunft Amerikas durch die Politik Hardings, den Schritt zwischen sich und der Entente vollzogen hat, wird man darin eben den Anfang dieser notwendigen Vermittlung erblicken dürfen. Deutschland wird dadurch die Sorge um das, was nach dem 1. Mai werden soll, ganz gewiß nicht los, aber hinter dem, was uns unmittelbar bevorsteht, liegt eine weitere Zukunft, der wir nicht ohne Zuversicht entgegenzusehen dürfen. Das Verhalten von Amerika zeigt, daß die Verhandlungen nicht von ewigem Bestand sind, und daß der Welt eine ideale Politik treibt, der auf seine augenblickliche Macht steht. Diese Politik hat Deutschland noch vor drei Jahren gemacht. Heute treibt sie Frankreich. Und war es früher ein Fehler, wenn das deutsche Bürgerturn die Gewalt ansetzte, die sich in seinem eigenen Reich verlor, so wäre es ein nicht weniger verhängnisvoller Fehler, wenn wir blind die kommende Gewalt ansetzen, die uns jetzt mit Drohungen überdeckt, und den Wandel aller menschlichen Verhältnisse außer Achtlassung stellen, und jetzt in der grundlegend veränderten Haltung der Vereinigten Staaten den europäischen Dingen gegenüber vorzugehen tritt.

Zum 1. Mai

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund ergeht an die gesamte Arbeiterschaft der Welt der Ruf, sich am 1. Mai zu machtvollen Kundgebungen zu vereinigen und ihre Solidarität mit den Klassenforderungen des internationalen kämpfenden Proletariats zu bekunden. Auch die deutsche Arbeiterschaft wird sich, wie in früheren Jahren, an dieser Demonstration beteiligen. Mag auch für sie ein Teil der Forderungen erfüllt sein, für deren Erfämpfung vor 32 Jahren die Arbeiter beschloffen wurde, so bedarf es doch zu ihrer vollen Sicherung der gesetzlichen Einführung in allen Ländern, wie dies von der Washingtoner Internationalen Arbeiterversammlung verlangt wurde.

Die deutsche Arbeiterschaft weiß sich einig mit der Arbeiterschaft der gesamten Kulturwelt im raktischen Kampfe für die

völlige Verwirklichung des Achtstundens-Arbeitstages

und der übrigen Forderungen des internationalen Arbeiterschutzes.

Aber die Not der Arbeiterklasse erschöpft sich nicht in drückender Arbeitslosigkeit. Sie wird vergrößert durch die Gefahr der Arbeitslosigkeit, die täglich größere Opfer fordert. Die deutsche Arbeiterschaft wird besonders schwer getroffen durch die

Gewaltspolitik des Ententekapitalismus

der den Krieg gegen das unterlegene Deutschland mit wirtschaftlichen und militärischen Mitteln weiterführt und die Wiedergesundung unseres Wirtschaftslebens hindert.

Die Volkswirtschaft muß sich zu einem wirksamen Protest gegen diese Vergewaltigungspolitik der imperialistischen Weltmächte ausprechen. Auch die Arbeiter der Ententeländer leiden unter diesem Widerstand, denn die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands legt auch ihre

Industrien lähmt. Sie stimmen mit uns überein in dem Ruf nach einer internationalen Befriedigung und Sanierung der Wirtschaft.

Endlich vereinigen wir uns mit ihnen in unserem Kampfe für die Sozialisierung der Produktionsmittel. In den größeren Industrieländern rüstet sich die Arbeiterschaft für die

Sozialisierung des Kohlenbergbaues

und der Gewinnung der übrigen Erdschätze, die als Grundlage des Wirtschaftslebens bilden. Das Gesamtwohl der Menschheit darf nicht länger einer Handvoll von Monopolisten ausgeliefert bleiben. Der Widerstand der Unternehmungsklassen gegen jeden Fortschritt der Gemeinwirtschaft muß in zähem Kampfe überwunden werden.

Die unterzeichneten Vorstände der gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands rufen daher die deutschen Arbeiter und Angestellten auf

am 1. Mai

in allen Versammlungen zu demonstrieren:

- für die Durchführung des internationalen Arbeiterschutzes in allen Ländern
- für die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch internationale Wirtschaftsgesundung
- für die Sozialisierung der Bodenschätze
- für die internationale Arbeitersolidarität für einen wirklichen Weltfrieden!

Berlin, 13. April 1921.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

H. Leipart

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes

Aufhäuser

Der Dreibundstreit in England beschlossen

London, 13. April. Der Dreibund der Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter hat den Generalstreik beschlossen, der Freitag, 10 Uhr abends, beginnen wird.

Die Bergleute teilten vorgestern abend der Arbeiterdreibundkonferenz mit, daß die Verhandlungen über die Forderungen der Regierung und der Bergwerksbesitzer mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg nicht wieder aufgenommen werden könnten. Es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo der Dreibund zur Aktion schreiten müsse. Die Konferenz des Dreibundes vertagte sich auf Mittwoch.

Der Präsident des Verbandes der Bergwerksbesitzer gab gestern abend bekannt, daß die Verhandlungen über die Frage der Nationalisierung des Bergbaues und der nationalen Regelung der Löhne abgebrochen worden seien.

London, 14. April. Der Bund der Katholiken und Arbeiter der Eisenbahner, die eine besondere Vereinigung haben und deren Haltung bisher zweifelhaft war, hat beschlossen, am Freitag ebenfalls in den Streik zu treten.

Streikunruhen

London, 11. April. Neuter meldet: Am Dienstag abend überfielen 2000 Bergarbeiter neun Signalhäuser in Thornton und umgaben die Signalhäuser, zu streiken. Demzufolge wurde die Eisenbahnlinie eine Zeitlang unterbrochen und der Güterverkehr ernstlich bedroht. Die Angriffe plünderter verlassene Jäger und Arbeitsplätze. Nach dem Zusammenstoß der Arbeiter wurden Karabinertruppen geschickt, die die Plünderer verjagten. Der Streik wurde gestern morgen wieder aufgenommen. Es haben 21 Verhaftungen stattgefunden.

Aus London wird gemeldet: Nähermeldungen zufolge haben 2000 bis 3000 Bergarbeiter in den Netherthorpe-Gruben einen entschlossenen und ansehnlichen mehrtägigen Angriff auf die Zentralverwaltungsbüro der nordbritischen Eisenbahn Ritz durchgeführt. Die Zentralverwaltung wurden gezwungen, ihre Arbeit zu verlassen. Die Streikenden wurden angegriffen und bestraft zu verurteilen. Märsche wurden angekündigt und beabsichtigt. In einem Dorf in unmittelbarer Nähe wurden mehrere Häuser zerstört und große Schäden an den Eisenbahnanlagen verursacht. Die Eisenbahnanlagen sind in Gefahr. Die Eisenbahnanlagen sind in Gefahr.

Der Streit greift um sich

Berlin, 14. April. Eine Telegrammmeldung aus London wird uns gemeldet: Eisenbahnerstreik zufolge der nationalen Vereinigung der Eisenbahner unabhängig ist. Die Eisenbahner haben und deren Haltung bisher zweifelhaft war, haben beschlossen, am Freitag den Streik zu beginnen.

Die Streikabsicht scheint eher über die Organisationen des sogenannten Dreibundes (Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter) auch auf alle möglichen anderen Industrien und Betriebe hinauszuweisen. Die Föderation of General Workers mit anderthalb Millionen Mitgliedern 100 verstreutere Industrien hielt heute eine Zweifelskonferenz ab.

Demnach haben die Eisenbahnarbeiter beschlossen, wenn es bis Freitag nicht zum Streik des Dreibundes kommt, dann teilzunehmen. London würde dann also den Freitag nach dem Streik dunkel und tot sein. Es würde vollkommen Verwirrung herrschen und es ist klar, daß die Situation für Lord George sehr gefährlich ist. Selbst das Nachsehen der Arbeiter der Eisenbahnen, muß man ihnen nachgeben. Dann ist ohne Zweifel die Regierung Lord George im selben Augenblick gestürzt.

Revolutionäre Propaganda in England

London, 13. April. Die englischenblätter berichten, daß die Polizei eine ausgedehnte Verhaftung erbeutet habe. Der Zweck dieser Verhaftung war, Ungehöriges unter den Gruppen anzufinden. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Man vermutet, daß mit Beihilfe dieser Verhaftungen die letzte britische Tage auszunutzen versuchen.

Die Beendigung des Kriegszustandes

Paris, 14. April. Nach einer Staatsmeldung aus Washington hat Senator Knox seine Resolution, durch die die Beendigung des Kriegszustandes zwischen Amerika, Deutschland und Österreich erklärt werden soll, im Senat eingereicht.

England erklärt sich handlungsbereit

Eigene Telegrammmeldung
London, 14. April. Es wird folgende Nachricht verbreitet: Ein vernünftiges neues Angebot, das Deutschland auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Amerika, Deutschland und Österreich zu betriebligen, würde von der britischen Regierung mit sofortiger Aufmerksamkeit aufgenommen werden.

Die Aussperrung in der Dresdner Zigarettenindustrie

Dresden, 14. April. Die Lohnbewegung in der Dresdner Zigarettenindustrie hat bisher noch zu keiner Einigung zwischen den Parteien geführt, so daß isamliche Aussperrung ihrer Betriebe beschlossen haben. Von der Aussperrung werden ungefähr 10000 Arbeiter betroffen. Auch die Einigungsverhandlungen sind nicht gänzlich abgebrochen.